

# Landkreis Vorpommern-Rügen

## 1. Wahlperiode

### Antrag

Einreicher:  
**Fraktion DIE LINKE**

Vorlagen Nr.:  
**A/1/0071**

Status: öffentlich

Gremium	Zuständigkeit	Sitzungstermin
Kreistag Vorpommern-Rügen	Entscheidung	16.12.2013

#### **Antrag der Fraktion DIE LINKE: Finanzausgleichsgesetz Mecklenburg-Vorpommern**

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag Vorpommern-Rügen möge beschließen:

1. Der Kreistag des Landkreises Vorpommern-Rügen spricht sich gegen die im Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern (vgl. Landtagsdrucksache 6/2210) geplanten Änderungen aus.
2. Der Kreistag des Landkreises Vorpommern-Rügens schließt sich der dem Innenausschuss des Landtages vorgelegten Stellungnahme des Landkreistages Mecklenburg-Vorpommern an. Insbesondere die Äußerungen der Kreistagspräsidentin und Vize-Vorsitzende des Landkreistages, Andrea Köster, Anfang November nach einer Vorstandssitzung in Marlow werden bekräftigt.
3. Der Kreistag des Landkreises Vorpommern-Rügen fordert die Abgeordneten des Landtages Mecklenburg-Vorpommern auf, der Gesetzesnovelle in der Form nicht zuzustimmen.
4. Der Kreistag des Landkreises Vorpommern-Rügen fordert die Kreistagspräsidentin auf, diesen Beschluss den demokratischen Fraktionen des Landtages Mecklenburg-Vorpommern zu übermitteln.

#### **Begründung:**

Der Landkreistag Mecklenburg-Vorpommern stellt in seiner Stellungnahme zum Gesetzentwurf fest: "Aus Sicht des Landkreistages Mecklenburg-Vorpommern führt der jetzt vorliegende Gesetzentwurf der Landesregierung zu weiteren massiven Verschlechterungen der Finanzausstattung der Landkreise." Der vorliegende Gesetzentwurf reagiert in keiner Weise auf

die, auch durch die Landkreisneuordnung und Aufgabenübertragungen, entstandenen finanziellen Probleme der Landkreise. Die seit Jahren von den kommunalen Landesverbänden geforderte grundlegende Neuausrichtung des F AG wird auch mit dieser Gesetzesnovelle nicht umgesetzt. Auch der Landkreis Vorpommern-Rügen wird weiter belastet. Der Gesetzentwurf ist daher abzulehnen.

gez. Christiane Latendorf  
Fraktionsvorsitzende  
Fraktion DIE LINKE